



Jahresbericht 2010

Jahresbericht 2010

1 Bericht der Koordination

BastA! hat sich im Berichtsjahr für mehrere Initiativen und Referenden stark engagiert, mit unterschiedlichem Erfolg. Im März gelangte **die Initiative „Der Landhof bleibt grün“**, die von einem breiten Bündnis unterstützt wurde, zur Abstimmung, und wurde überraschend deutlich angenommen. Eine Mehrheit der Stimmenden war offenbar mit uns der Ansicht, dass im ohnehin schon dicht besiedelten Kleinbasel nicht noch die letzten Grünflächen und Freiräume zubetoniert werden sollten. Der BastA!-Sekretär hatte für diese Initiative die Kampagnenleitung übernommen.

Um ein politisches Kerngeschäft von BastA! ging es bei der **Initiative „Stimmrecht für Migrantinnen und Migranten“**. Mit einer farbigen, phantasievollen Kampagne versuchten wir zusammen mit anderen Gruppierungen und Parteien, unser Anliegen den Leuten nahe zu bringen. So organisierte etwa die Plattform Kunst + Politik bei der Helvetia am Kleinbasler Brückenkopf eine kulturelle Veranstaltung, an der diverse Kunstschaffende mit musikalischen und literarischen Beiträgen für ein doppeltes Ja zu Initiative und Gegenvorschlag warben. Am Abstimmungssonntag war dann allerdings die Enttäuschung deutlich spürbar. Nur gerade 19.1% der Stimmenden unterstützten die Initiative. Doch so schlecht, wie in den Medien dargestellt, ist das Resultat nicht. Immerhin haben fast 40% der Stimmenden für den Gegenvorschlag votiert und damit das Anliegen grundsätzlich unterstützt. Bei der letzten Abstimmung über das Ausländerstimmrecht 1994 waren es noch 26%. Das hauptsächliche Gegenargument im Abstimmungskampf lautete: „Die sollen sich doch zuerst einbürgern.“ Hier wird eine schweizerische Eigenart deutlich. Viele Schweizerinnen und Schweizer sind überzeugt, dass die Staatsbürgerschaft ihr Verdienst und nicht dem Zufall der Geburt zu verdanken ist. Dass nun Stimmen laut werden, die Hürden für die Einbürgerung noch zu erhöhen, anstatt – wie in der Abstimmungskampagne mehrfach versprochen – zu sen-

ken, zeigt, wie unredlich die Abstimmungskampagne von der Gegenseite geführt worden ist.

Für viel Zündstoff sorgte **die Übernahme der Basler Zeitung durch Tito Tettamanti und Martin Wagner**. Die beiden fackelten nicht lange und setzten den von der Weltwoche her berüchtigten Schreibtäter und Blocherfreund Markus Somm als neuen Chefredaktor ein. BastA! reagierte mit einer Medienmitteilung. Seit Somm Chefredaktor ist, können wir beobachten, wie die Themensetzung in der BaZ mehr und mehr der Agenda der SVP folgt. Unter dem Motto „**Zeigen wir Herrn Tettamanti die rote Karte**“ rief BastA! im November des vergangenen Jahres zu einer Kundgebung vor der Uni auf, wo der Financier einen Vortrag halten wollte. Obwohl wir keineswegs planten, Herrn Tettamanti am Reden zu hindern, und dies auch entsprechend kommunizierten, bekamen die Veranstalter kalte Füsse und sagten den Vortrag ab. Kurz darauf warfen Tito Tettamanti und Martin Wagner das Handtuch und verkauften ihre Anteile an der BaZ Holding AG an Moritz Suter. Wer die BaZ aber wirklich besitzt, ist bis heute unklar. Eine inhaltliche Trendwende ist jedenfalls auch unter Strohmännchen Suter nicht erkennbar.

1.1 Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen

Am 18. Januar diskutierten wir an einer Mitgliederversammlung den **Verfassungsartikel zur Forschung am Menschen**, der am 8. März zur Abstimmung gelangte. Im Wesentlichen ging es dabei um die Frage, inwieweit an urteilsunfähigen Personen (also etwa an Dementen oder geistig Behinderten) Forschung betrieben werden darf. In dieser Frage war sich die Linke nicht einig. Wir hatten für den Anlass zwei Fachpersonen eingeladen: Pascale Steck vom Basler Appell gegen Gentechnologie (sie empfahl ein Nein) und Ruedi Spöndlin von der Schweizerischen Gesellschaft für ein soziales Gesundheitswesen (er empfahl ein Ja). Nach einer spannenden und gehaltvollen Debatte entschieden wir uns für die Position des Basler Appells. Das Verbot der Forschung an urteilsunfähigen Personen sollte unseres Erachtens nicht aufgeweicht werden. Der Verfassungsartikel wurde in der Volksabstimmung allerdings deutlich angenommen.

Am 15. April organisierte BastA! zusammen mit der Gewerkschaft Unia und dem Solifonds eine Veranstaltung zum **TEKEL-Streik in der Türkei**. Vor gut zwei Jahren hatte der türkische Staat den ihm gehörenden Tabakkonzern TEKEL an den britisch-amerikanischen Tabakkonzern BAT verkauft. Einzig die weniger rentablen Lager- und Produktionsstätten des Konzerns blieben in staatlicher Hand und wurden jetzt geschlossen. Die rund 12'000 Arbeitnehmenden sollten ihre festen Anstellungen verlieren. Der türkische Staat bot ihnen nur unsichere saisonale Arbeitsverhältnisse an. Dagegen ist die grosse Mehrheit der Tekel-Arbeiterinnen und Arbeiter, aus allen Teilen und Bevölkerungsgruppen der Türkei stammend, in den Streik getreten. In Ankara entstand eine Zeltstadt, in welcher Tausende unter den schlechtesten Bedingungen ausharrten. Eine so breit abgestützte und entschlossene Streikbewegung hat es in der Türkei seit dem Militärputsch vom 12. September 1980 noch nie gegeben. Nach 78 Tagen erzielten die Streikenden einen Etappenerfolg: Der türkische Staat gab in wichtigen Punkten nach. Die Veranstaltung im Volkshaus stiess auf reges Interesse.

Am 10. Mai veranstalteten wir ein BastA!-internes **Hearing zum Spital- und zum Gesundheitsgesetz**. Unsere Gäste waren die beiden Fachfrauen Kathrin Zahn und Susanne Nese. Die engagierte Diskussion diente uns als Grundlage für die Vernehmlassung zu den beiden Gesetzesvorlagen (siehe Kapitel 1.2 Vernehmlassungen).

Unter dem Titel **„Integration im toten Winkel“** lud BastA! am 14. September zu einer internen Veranstaltung ein, die gut besucht war. Wir wollten die heute vorherrschende Integrationsdebatte einer kritischen Prüfung unterziehen und unsere Position bezüglich Integrationspolitik klären. Wir hatten zwei kompetente Fachpersonen eingeladen, die das Thema aus verschiedenen Perspektiven beleuchteten: den Soziologen Esteban Piñeiro und die Politikwissenschaftlerin Sarah Schilliger. Die Debatte machte deutlich, dass das auch von der Linken gehätschelte Integrationsmotto „Fördern und Fordern“ kritisch hinterfragt werden muss. Insbesondere die Verknüpfung der Integrationspolitik mit einer utilitaristischen Migrations-/Zulassungspolitik ist äusserst bedenklich.

Im Oktober/November organisierte BastA! einen dreiteiligen Kurs zum Thema „**Neuere Entwicklungen der feministischen Debatte zur politischen Ökonomie**“. Die Ökonomin **Mascha Madörin** gewährte uns einen Einblick in die Resultate ihrer jahrelangen Forschung. Brisant waren insbesondere ihre Ausführungen zur Care Ökonomie. Es ist zu hoffen, dass einiges von dem, was Mascha thematisierte, auch in unsere politische Arbeit einfließt.

Am 23. November war Dieter Drüssel vom Zentralamerikasekretariat zu Gast in Basel und referierte zum Thema „**Linke Projekte in Zentralamerika**“. Mit viel Detailkenntnis und grosser Übersicht legte er dar, dass bei der Beurteilung der Vorgänge in Zentralamerika linke Clichés oft versagen.

1.2 Vernehmlassungen

BastA! hat sich im Rahmen von Vernehmlassungen zu vier Vorlagen geäussert.

Senkung der Gewinnsteuer von Kapitalgesellschaften und Genossenschaften um weitere 2%: BastA! lehnte dieses Ansinnen entschieden ab. Vor dem Hintergrund, dass die Regierung kurz zuvor ein neues Sparpaket angekündigt hatte, erschien es uns absurd, mit neuerlichen Steuersenkungen die Einnahmen des Kantons zusätzlich zu verknappen. Wir erinnerten daran, dass Unternehmen und Vermögende in den letzten Jahren bereits massiv entlastet worden sind. Bei der Steuerrevision im Jahre 2002 wurde die Vermögenssteuer um 10% gesenkt. Im Rahmen des Steuersenkungspakets von 2007, das Mindereinnahmen des Kantons von rund 150 Mio. Franken zur Folge hatte, wurde der maximale Steuersatz der Gewinnsteuer bereits um 2,5 Prozentpunkte reduziert. Erst im November des vergangenen Jahres beschloss zudem der Grosse Rat eine Senkung der Dividendenbesteuerung. Die Regierung wäre daher unseres Erachtens gut beraten gewesen, dem Druck der bürgerlichen Parteien nach neuerlichen Steuergeschenken standzuhalten. Denn je kleiner das Budget des Kantons, desto enger ist der Gestaltungsspielraum von Regierung und Parlament.

Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt.

BastA! erachtet eine Auslagerung der öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt weder als zwingend, noch als wünschenswert. Es ist die Aufgabe des Gesundheitswesens, allen Einwohnerinnen und Einwohnern – unabhängig von sozialem Status oder Finanzkraft – eine qualitativ hochstehende medizinische Versorgung zu garantieren. Die öffentlichen Spitäler spielen bei der Lösung dieser Aufgabe eine wichtige Rolle, gerade weil sie nicht gezwungen sind, ausschliesslich marktwirtschaftlichen Kriterien zu gehorchen, sondern demokratischer Steuerung und Kontrolle unterliegen. Den damals vorliegenden Gesetzesentwurf erachtete BastA! als einen ersten Schritt in Richtung Privatisierung der Spitäler. Er reduziere die Mitsprache und die Steuerungsmöglichkeiten des Parlaments auf ein Minimum, kritisierten wir, und lehnten den Entwurf ab. Auf weniger Kritik stiess **das Gesundheitsgesetz**. Hier beschränkten wir uns darauf, einige Ergänzungen und Präzisierungen zu fordern.

Kulturleitbild. Harsche Kritik übte BastA! am Entwurf eines Kulturleitbildes für den Kanton Basel-Stadt. Die Kriterien, nach welchen die knappen Ressourcen auf die Kulturangebote verteilt werden sollen, orientierten sich einseitig an der Marktlogik und seien nicht geeignet, die Vergabe öffentlicher Gelder sinnvoll zu steuern. Kultur werde im neuen Leitbild wie eine beliebige Ware behandelt, die „nachfrageorientiert“ produziert wird und messbare Ergebnisse zeitigen soll. Im Vordergrund stünden nicht die künstlerische Qualität und Vielfalt der Kulturangebote, sondern der damit verbundene ökonomische Nutzen für die Stadt. Eine solche Sichtweise stehe in krassem Gegensatz zur in der Verfassung verankerten Freiheit der Kunst. Es sei nicht Aufgabe des Staates, künstlerisches Schaffen zu regulieren und nach messbaren Kriterien zu beurteilen. Staatliche Kulturförderung sollte sich vielmehr daran orientieren, optimale Bedingungen zu schaffen, damit ein vielfältiges und qualitativ hochstehendes Kulturangebot entstehen und sich weiter entwickeln kann.

1.3 Verein Städtepartnerschaft Basel-Van

Der Verein Städtepartnerschaft Basel-Van, ein kurdisch-türkisch-schweizerisches Gemeinschaftsprojekt, ist zwar politisch unabhängig, doch arbeiten nicht weniger als 10 BastA!-Mitglieder im Verein mit. Am 18. Oktober begann in Diyarbakir im Osten der Türkei der Prozess gegen 151 kurdische Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Kader der inzwischen verbotenen kurdischen Partei DTP. Ihnen werden im Wesentlichen Verbindungen zur kurdischen Arbeiterpartei PKK und Gefährdung der Einheit des türkischen Staates vorgeworfen. An den beiden ersten Prozesstagen reiste eine Delegation des Vereins nach Diyarbakir und beobachtete das Geschehen.

Dass es sich hier um einen politischen Prozess handelte mit dem Ziel, die demokratische Artikulierung des kurdischen Widerstands zu schwächen, steht ausser Zweifel. Der politische Charakter des Prozesses wird bereits deutlich, wenn wir uns die Vorgeschichte vor Augen halten. Im März 2009 errang die kurdische Partei DTP anlässlich der Wahlen auf Gemeindeebene in der Türkei einen überragenden Sieg und wurde landesweit zur drittstärksten politischen Kraft. 14 Tage nach den Wahlen setzte eine Verhaftungswelle ein, und wenige Monate danach wurde die DTP verboten. Inzwischen sind rund 1'800 Mitglieder der DTP bzw. der Nachfolgepartei BDP in Haft oder stehen unter Anklage, darunter demokratisch gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Osman Baydemir, Oberbürgermeister von Diyarbakir und ebenfalls angeklagt, betonte gegenüber der Delegation, dieser Prozess richte sich nicht gegen einzelne Personen, sondern gegen den demokratischen Prozess in den kurdischen Regionen der Türkei und letztlich gegen die kurdische Bevölkerung insgesamt.

Der Prozess ist noch nicht abgeschlossen und die meisten Angeklagten sind nach wie vor inhaftiert. Sie pochen auf ihr Recht, sich in ihrer Muttersprache (Kurdisch) zu verteidigen, was das Gericht ablehnt.

1.4 Entwicklung der Mitgliederzahlen

Die Zahl der Mitglieder ist konstant geblieben. 3 Austritten standen 5 Neueintritte gegenüber. BastA! hat nun 155 Mitglieder. Zu den Mitgliedern im engeren Sinn kommen noch die „Passivmitglieder“ dazu, die BastA! regelmässig mit Spenden unterstützen und den Mitglieder

versand erhalten. Diese Kategorie ist von 173 Personen auf 180 angestiegen. Der Mitgliederversand erreicht somit über 330 Personen. Bei den Mitgliedern beträgt der Frauenanteil 46%, bei den „Passivmitgliedern“ 51%.

1.5 Grüne Schweiz

BastA! gestaltet auch die Politik der Grünen Schweiz aktiv mit. Bei unserer Vertretung im Parteivorstand hat es einen Wechsel gegeben. Urs Müller ist nach langjährigem Engagement zurückgetreten. An seiner Stelle hat die Koordination Brigitta Gerber nominiert, die von der Delegiertenversammlung der Grünen in den Vorstand gewählt worden ist.

Ein inhaltlicher Schwerpunkt im Berichtsjahr war die Ausarbeitung einer Initiative. Mehrere Varianten standen zur Debatte. BastA! war mit keinem der vorgeschlagenen Projekte besonders glücklich. Nach mehreren Debatten obsiegte schliesslich die Initiative für eine grüne Wirtschaft, die im Wesentlichen fordert, dass der ökologische Fussabdruck der Schweiz bis ins Jahr 2050 auf eine Erde reduziert wird. Um dies zu erreichen, darf die Schweiz nur noch so viele Ressourcen verbrauchen, wie ihr im weltweiten Mittel zustehen. Zweiter Schwerpunkt war die Wahlplattform. Hier gelang es BastA!, ein uns wichtiges Thema in die Plattform einzubringen: Kein Abbau beim Service public (Post, Bahn etc.), keine Privatisierung öffentlicher Betriebe.

1.7 Politischer Ausblick / Jahresplanung

Eine Arbeitsgruppe hat sich mit dem Funktionieren von BastA!, den Strukturen und Entscheidungsabläufen befasst und unter anderem angeregt, dass wir jedes Jahr eine inhaltliche Jahresplanung vornehmen und an der ordentlichen Jahresversammlung präsentieren. Für das Jahr 2011 sehen wir folgende thematische Schwerpunkte:

Sozialpolitik an den Beispielen Sozialhilfe und IV-Revision. Eine Arbeitsgruppe ist bereits daran, dieses Thema aufzubereiten. Bei der **Sozialhilfe Basel** herrschen marode Zustände. SachbearbeiterInnen verwalten die Dossiers mehr schlecht als recht. Beim Grundbedarf

übernimmt der reiche Kanton Basel-Stadt die Minimalstandards der SKOS, und diese können mittels Strafabzügen auch noch unterschritten werden. BastA! gedenkt, hier aktiv zu werden mit dem Ziel, einerseits die materielle Situation der SozialhilfeempfängerInnen zu verbessern und andererseits die soziale Integration zu fördern. Die **6. IV-Revision** ist in zwei Etappen unterteilt worden. In der ersten Etappe, die aktuell in den eidgenössischen Räten diskutiert wird, sollen rund 17'000 IV-BezügerInnen „in den Arbeitsmarkt integriert werden“, wie es offiziell heisst. Vor allem die Dossiers von PatientInnen mit Schleudertraumata oder mit Schmerzen, die nicht eindeutig auf ein körperliches Leiden zurückzuführen sind, sollen überprüft werden. Es ist absehbar, dass viele der aus der IV Entlassenen nicht im Arbeitsmarkt, sondern bei der Sozialhilfe landen werden. BastA! wird sich gemeinsam mit den Behindertenorganisationen dagegen wehren, dass ein so wichtiges Sozialwerk wie die IV Schritt für Schritt ausgehöhlt wird.

Gesundheitspolitik am Beispiel der Spitalauslagerung. BastA! hat an einer Mitgliederversammlung einstimmig beschlossen, gegen die Auslagerung der öffentlichen Spitäler das Referendum zu ergreifen (siehe auch Kapitel 1.2 Vernehmlassungen). Wir sind der Ansicht, dass es im Gesundheitswesen nicht mehr Markt und Wettbewerb, sondern vor allem demokratische Kontrolle und Einflussnahme braucht. Nur so kann der jetzt schon spürbaren Tendenz zur Industrialisierung des Gesundheitswesens und zur Zweiklassenmedizin etwas entgegengesetzt werden. BastA! hat den Verein „Keine Auslagerung der öffentlichen Spitäler“ angeregt und wird auch in der Abstimmungskampagne eine wichtige Rolle spielen. Die Abstimmung wird am 15. Mai stattfinden.

Stadtentwicklung an den Beispielen „Herzstück“ und Zonenplanänderung. An einer Mitgliederversammlung im Januar dieses Jahres haben wir mit Fachpersonen über das sogenannte „Herzstück“ diskutiert. Dabei ist deutlich geworden, dass die von der Regierung favorisierte Variante „Herzstück Mitte“ (unterirdische S-Bahn-Verbindung zwischen Bahnhof SBB und Badischem Bahnhof) äusserst problema

tisch ist. Die oberirdische Variante Nord über den Bahnhof St. Johann zum Badischen Bahnhof erscheint uns logischer, bindet sie doch die neu entstandenen Siedlungen im Norden und das Entwicklungsgebiet Hafenaerial besser an den öffentlichen Verkehr an. Im Rahmen der Debatte über die Zonenplanänderung wird sich Gelegenheit geben, auf die Pläne der Regierung Einfluss zu nehmen. Doch auch abgesehen davon wird die Zonenplanänderung für politischen Zündstoff sorgen, geht es doch darum, wo Grünflächen überbaut werden und wo für welches Portemonnaie Neubauten entstehen sollen.

Solidarität mit den Demokratiebewegungen im arabischen Raum.

Die Volksaufstände im Nahen Osten und im Maghreb sind ein Zeichen der Hoffnung – für die Region und die ganze Welt. Die Demokratiebewegungen widerlegen die These, dass Demokratie und Islam unvereinbar seien. Sie bauen jene rassistischen Vorurteile gegenüber den arabischen Menschen ab, die in den letzten Jahren von der abendländischen Rechten systematisch verbreitet wurden. Sie zeigen, dass Despoten auf zivilere Art zu stürzen sind, als dies die USA und ihre Nato-Partner mit verheerenden Folgen im Irak taten. Und sie beschämen die westlichen Regierungen, welche die meisten Despoten gestützt und aufgerüstet haben. BastA! wird sich dafür einsetzen, dass die Schweiz nun nicht in einer Abwehrhaltung gegenüber einer drohenden Flüchtlingswelle erstarrt, sondern die Demokratiebewegungen aktiv unterstützt. Humanitäre Solidarität, wirtschaftliche Aufbauhilfe vor Ort und gute diplomatische Dienste sind jetzt gefragt.

Nationalratswahlen. In der zweiten Jahreshälfte werden die Wahlen im Zentrum stehen. Der Nationalratssitz des Grünen Bündnisses, den aktuell die Grüne Anita Lachenmeier innehat, ist keineswegs sicher. Entscheidend wird sein, ob es der Listenverbindung Grünliberale/CVP/EVP für einen Sitz reicht, oder ob die Listenverbindung SP/Grünes Bündnis genügend Stimmen für drei Sitze auf sich vereinigen kann. Das Grüne Bündnis müsste massiv zulegen, um sich aus eigener Kraft einen Sitz zu sichern. Unser Engagement ist also gefragt!

Im Namen der Koordination: Martin Flückiger

2 Bericht der Fraktion

Im Berichtsjahr blieb die Zusammensetzung der Fraktion unverändert: 8 BastA!-Mitglieder und 6 Grüne. Loretta Müller trat per Ende Jahr zurück und der Nachgerückte Ugur Camlibel gehört den Grünen an, so dass sich das Verhältnis zwischen BastA! und Grünen im kommenden Jahr leicht verschieben wird.

Es folgt wie gewohnt ein selektiver und persönlicher Überblick über Geschäfte, die im Jahr 2010 diskutiert und beschlossen wurden:

Die erste Sitzung im **Februar** wurde durch die Antrittsrede der Grossratspräsidentin eröffnet. Sie plädierte für mehr Respekt und Ernsthaftigkeit in der Politik. Durch ihre chaotische Sitzungsleitung sorgte sie jedoch während des Jahres immer wieder für fast tumultartige Szenen im ehrwürdigen Ratssaal. Die Sachgeschäfte im Februar betrafen unter anderem die Einführung eines Fahrtenmodells für verkehrsinensitive Einrichtungen, welches von Gewerbe Seite heftig bekämpft, aber in der Schlussabstimmung mit klarem Mehr angenommen wurde. Weiter wurde über eine Motion zur Offenlegung von Parteispenden diskutiert. Die Bürgerlichen bekämpften dieses Anliegen vehement und zum Teil sehr gehässig. Der Anzug scheiterte mit 49 zu 43 Stimmen bei drei Enthaltungen. Ausserdem beriet der Grosse Rat über die Verschärfung der Schuldenbremse und auch hier setzten sich die Bürgerlichen nach einer emotionalen Debatte mit 50 gegen 45 Stimmen in einer namentlichen Abstimmung durch.

Gleich zu Beginn der **Märzsitzung** setzten sich die Bürgerlichen nochmals durch und verhinderten mit 49 gegen 47 Stimmen, dass eine Resolution an die Eidgenössischen Räte gegen die vorgeschlagene Teilrevision des Arbeitslosenversicherungsgesetzes auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

Im **April** wurde über die Initiative für eine faire Einbürgerung (Sprachinitiative) diskutiert, mit der die SVP die Einbürgerung vom erfolgrei

chen Absolvieren eines Sprachtests auf dem Niveau B2 abhängig machen will. Das Grüne Bündnis verteilte zusammen mit der SP einen solchen Sprachtest an alle GrossrätInnen und forderte sie auf, ihn auszufüllen, was leider nur sehr wenige wagten. Die Initiative wurde dem Regierungsrat zur Berichterstattung überwiesen.

Im **Mai** wurde in einer Debatte, die sich über mehr als einen Tag hinzog, über den Beitritt zu HarmoS und dem Sonderpädagogik-Konkordat diskutiert und zahlreiche Schulgesetzesänderungen beschlossen. Die Sitzung Anfang Juni wurde von der Diskussion über die Städteinitiative und einen allfälligen Gegenvorschlag geprägt. Nach diversen Abstimmungsspannen und teils turbulenten Szenen wurde beschlossen, die Initiative ohne Gegenvorschlag mit Empfehlung auf Zustimmung dem Volk vorzulegen. Es wurde daraufhin aber eine zweite Lesung beschlossen.

In der **Bündelitagssitzung** wurde wie gewohnt über die Rechnung 2009 debattiert, die einmal mehr ein hervorragendes Ergebnis auswies. Nach der zweiten Lesung wurde der Städteinitiative doch ein Gegenvorschlag gegenüber gestellt und die Empfehlung auf Verwerfung der Initiative beschlossen.

Nach der Sommerpause folgte in der **Septembersitzung** die Beratung des Berichtes der Geschäftsprüfungskommission. Ausserdem wurde die vom Grünen Bündnis und der SP bekämpfte Motion zur Abschaffung der geregelten Ladenöffnungszeiten mit 42 zu 40 Stimmen zur Berichterstattung an die Regierung überwiesen.

Im **Oktober** wurde unter anderem über die Antwort der Regierung auf einen Anzug betreffend Lohngleichheit zwischen Frau und Mann diskutiert. Die Lohngleichheit ist in unserem Kanton noch lange nicht erreicht, doch die Regierung forderte Geduld. Diese Antwort wurde von vielen Frauen als unbefriedigend bezeichnet und der Anzug wurde stehen gelassen. Leider war nur ein Regierungsrat anwesend, um sich die Stellungnahmen der Rednerinnen anzuhören, auch der für die

Gleichstellung hauptsächlich zuständige Regierungspräsident glänzte durch Abwesenheit.

Im **November** wurde der Erweiterungsbau des Kunstmuseums behandelt. Einzig einige BastA!-VertreterInnen wagten es, sich kritisch zu diesem „Leuchtturm der Balser Kultur“ zu äussern und der allgemeinen Euphorie entgegen zu treten. Der Baukredit sowie die Zonenplanänderung wurden mit grossem Mehr bewilligt.

Die **Dezembersitzung** war wie üblich geprägt durch die Beratung des Budgets 2011. Allgemein freuten sich die ParlamentarierInnen über das ausgeglichene Budget und die hervorragende finanzielle Situation des Kantons. Von Seiten unserer Fraktion wurde kritisiert, dass die Regierung die Ausgaben des Kantons mit selbst auferlegten Beschränkungen bremst und dass trotz der guten finanziellen Lage für das kommende Jahr Sparauflagen gemacht wurden.

Über die **persönlichen Vorstösse und sonstigen Aktivitäten** unserer GrossrätInnen gibt die Homepage des Grossen Rates oder des Grünen Bündnisses einen guten Überblick:
www.gruenesbuendnis.ch

Heidi Mück